

Von der Notwendigkeit,
einander gelegentlich
zu enttäuschen

Amerika und Europa

Michael Rühle

Atlantiker zu sein ist derzeit ein mühsames Geschäft. Die Solidaritätswelle, die den Amerikanern nach den tragischen Ereignissen des 11. September 2001 entgegenschlug, ist abgeebbt. Die Dissonanzen, die die transatlantischen Beziehungen vor den Terrorangriffen charakterisierten, sind zurückgekehrt. Zwar hat man den amerikanischen Verbündeten „uneingeschränkte Solidarität“ (Gerhard Schröder) versprochen und – mit mancherlei Mühen – auch Truppen nach Afghanistan entsandt. Doch das Unbehagen an einer als unilateralistisch empfundenen amerikanischen Politik ist geblieben. Die Tatsache, dass sich die USA seit dem 11. September 2001 subjektiv im Krieg befinden, Europa hingegen nicht, kann zwar manches erklären, aber bei weitem nicht alles.

Mehr noch. Die Kluft zwischen Amerika und Europa scheint tiefer als je zuvor. Denn im Gegensatz zu den transatlantischen Querelen früherer Jahrzehnte lässt sich die gegenwärtige Krise eben nicht auf bloße „Missverständnisse“ oder „Fehlperzeptionen“ zurückführen, die mit etwas mehr Dialog oder etwas mehr Schüleraustausch zu beseitigen wären. Im Gegenteil. Die Argumente über Kyoto, Stahlzölle, Raketenabwehr oder den Internationalen Strafgerichtshof sind viel zu ausgiebig diskutiert worden, um noch Raum für Missverständnisse zu lassen. Was die transatlantischen Beziehungen so schwierig macht, ist gerade die Klarheit und Eindeutigkeit, mit der die unterschiedlichen Meinungen formuliert wer-

den. Man weiß nur zu genau, wo der andere steht – und aus welchen Gründen.

Auch der bewährte atlantische Reflex, wenigstens die Sicherheitspolitik von Dissonanzen in anderen Politikbereichen abzuschotten, scheint sich verflüchtigt zu haben. Wenn selbst die Ausrufung des Bündnisfalles durch die NATO nach dem 11. September 2001 kaum mehr hervorruft als amerikanisches Schulterzucken, wie soll dann überhaupt noch gemeinsame Sicherheitspolitik möglich sein? Schlimmer noch. Nachdem sich der wachsende militärische Abstand zwischen den USA und Europa nach dem Golfkrieg und dem Kosovo-Einsatz nun in Afghanistan ein drittes Mal bestätigt hat, wird in den USA unverhohlen die Frage nach dem strategischen Wert der europäischen Verbündeten gestellt. Und viele Europäer wissen, dass eine ehrliche Antwort auf diese Frage für sie wenig schmeichelhaft ausfallen dürfte.

In Europa versuchen manche, aus der Not eine Tugend zu machen und die eigene militärische Schwäche durch Hinweise auf eine moralische Höherwertigkeit Europas zu kompensieren. So erweckt die von manchen kultivierte Bedeutung „ziviler“ Fähigkeiten jedenfalls den Eindruck, es ginge vor allem darum, den Unterschied gegenüber einem vorbehaltlos auf militärische Antworten setzenden Amerika hervorzuheben: hier die „Kultur des Rechts“, dort die „Kultur der Macht“. Oder, wie es ein scharfsinniger britischer Diplomat formulierte, hier Grotius, dort Hobbes. So scheint auch in der Sicher-

heitspolitik der Kulturbruch mit Amerika unausweichlich.

Zwei „strategische Kulturen“

Natürlich wird die von vielen befürchtete – und von manchen insgeheim erhoffte – transatlantische Scheidung nicht stattfinden. Denn unabhängig von der Frage, ob das 21. Jahrhundert zum zweiten „American Century“ werden wird: Die militärische Zusammenarbeit zwischen den USA und Europa bleibt ohne Alternative. Alle großen sicherheitspolitischen Gestaltungsaufgaben – von der Bekämpfung des internationalen Terrorismus über den Schutz gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen bis zur NATO-Erweiterung nach Nordost- und Südosteuropa – verlangen nun einmal nach transatlantischer Kooperation. Und selbst die neue Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union bleibt mangels Masse zumindest kurz- und mittelfristig auf die militärische Unterstützung und das politische Wohlwollen der Vereinigten Staaten angewiesen. Von den einst in dieses Projekt gesetzten Hoffnungen auf eine strategische Emanzipation Europas ist seit dem 11. September 2001 jedenfalls kaum noch die Rede.

Trotz des militärischen Machtgefälles zwischen ihnen bleiben Europa und Amerika also zur Zusammenarbeit verdammt. Allerdings werden sich die Bedingungen der Zusammenarbeit in Zukunft schwieriger gestalten. Die militärische und militäropolitische Asymmetrie zwischen den USA und Europa wird weiter wachsen – und damit auch das Risiko, die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen einem schmerzhaften Spagat zwischen amerikanischer Arroganz und europäischer Resignation auszusetzen. Rituelle Beschwörungen der transatlantischen Schicksalsgemeinschaft werden nicht genügen, um dieser Entwicklung entgegenzusteuern. Wer die sicherheitspolitische Kooperation zwischen Ame-

rika und Europa erhalten oder gar neu begründen will, muss sich zuerst und vor allem mit den dauerhaften, tief verwurzelten Unterschieden beider Seiten beschäftigen. Denn nur wenn sich Europa und Amerika unbefangen mit ihrer Verschiedenheit auseinander setzen, werden sie gegen Enttäuschungen gefeit sein und gegen die Versuchung, sich wechselseitig die Unfähigkeit zur Zusammenarbeit zu attestieren.

Wer nach den Unterschieden zwischen Amerika und Europa fragt, tut gut daran, sich mit dem Begriff der „strategischen Kultur“ auseinander zu setzen. Denn wie jede Politik erwächst auch die Sicherheitspolitik aus einem spezifischen historischen, politischen und gesellschaftlichen Kontext. In diese „strategische Kultur“ wird man hineingeboren, in ihrem Geiste wird man erzogen und politisch sozialisiert. Am Ende steht eine festgefügte Struktur von allgemeinen Überzeugungen und Verhaltensweisen, die den nahezu unbewussten Hintergrund für politische Entscheidungen bilden. Natürlich ist eine strategische Kultur nicht unveränderlich. Wenn sich objektive Bedingungen der staatlichen und gesellschaftlichen Existenz ändern, ändern sich auch Kulturen – strategische eingeschlossen. Doch der Restbestand an Kontinuität ist um ein Vielfaches größer als bei einer jederzeit disponiblen „Politik“. Dies gilt für die Nationen Europas, mehr aber noch für Amerika, das als multikulturelle Nation in besonderer Weise auf die Identität stiftende Wirkung von Mythen angewiesen ist.

Amerika, die Insel

Ein Schlüssel zum Verständnis der amerikanischen „strategischen Kultur“ ist und bleibt die Geografie. Die Insellage gestattete es den Amerikanern lange Zeit, ihr Selbstverständnis als eine der europäischen Realpolitik abgewandte „Stadt auf dem Berg“ zu kultivieren. Die Herausfor-

derung der Besiedelung eines ganzen Kontinentes lenkte die Aufmerksamkeit zunächst ausschließlich nach innen. Anders als in Europa, wo Sicherheit stets relativ war, bedurften die USA weder großer stehender Heere noch einer komplizierten Außenpolitik, um ihre physische Unversehrtheit zu garantieren. Im Zeitalter der Interkontinentalraketen ist Amerika zwar längst nicht mehr unverwundbar. Doch die lange geografische Abgeschiedenheit wirkt noch immer nach. Noch immer fällt es den amerikanischen Eliten schwer, einem wenig interessierten Kongress und einer noch weniger interessierten Öffentlichkeit komplexe außenpolitische Sachverhalte zu vermitteln. Man greift daher immer wieder zum Mittel der Moralisierung der eigenen Ziele sowie der Dämonisierung von Gegnern („Schurkenstaaten“, „Achse des Bösen“). Was bei den Europäern Unbehagen und den Vorwurf einer zu simplen Weltsicht hervorruft, hat aber durchaus Methode. Mag Außenpolitik auch kontrovers diskutiert werden, eine robuste „national defense“, einschließlich eines hohen Verteidigungsetats, kann sich einer breiten öffentlichen Zustimmung sicher sein. Es sollte daher nicht überraschen, wenn außenpolitische Fragen als sicherheitspolitische Fragen deklariert werden, um so einen tragfähigen außenpolitischen Konsens herzustellen.

Diese Außenpolitik reflektiert nicht nur das Selbstverständnis der einzigen Supermacht, sie kann auch auf eine grundsätzlich positive Selbsteinschätzung gründen. Natürlich hat auch Amerika seine historischen Traumata durchlebt. Doch selbst der Vietnamkrieg hat es nicht vermocht, den amerikanischen „exceptionalism“ nachhaltig zu erschüttern. Die Mythen der amerikanischen Geschichte wirken noch immer Identität stiftend.

Mit der europäischen Selbsteinschätzung verhält es sich dagegen gänzlich anders. Die latente Furcht vor den eigenen

selbstzerstörerischen Vergangenheit lässt selbst große historische Erfolge wie die Währungsunion als eine bewusste Selbstbindung erscheinen, um den Rückfall in frühere Verhaltensmuster auszuschließen. Stark vereinfacht: Amerika ist stolz auf seine Geschichte, Europa steht seiner eigenen Geschichte bestenfalls ambivalent gegenüber. Diese Unterschiede sind gravierend – auch und gerade für das Selbstbewusstsein, mit dem Europa und Amerika Außen- und Sicherheitspolitik betreiben.

Europa: der „unfertige“ Kontinent

Für die USA ist Sicherheitspolitik traditionell Weltpolitik. Für Europa bleibt sie – von einigen postkolonialen Verwicklungen abgesehen – jedoch nach wie vor europäisch zentriert. Denn im Gegensatz zu Nordamerika ist Europa noch immer ein „unfertiger“ Kontinent. Dies belegen nicht nur die Krisen auf dem Balkan. Auch die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten ist ein Projekt, das noch Jahre und Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird. Der mediterrane „Krisenbogen“, einschließlich der von dort ausgehenden Proliferationsgefahren, wird Europa in den kommenden Jahren zunehmend beschäftigen. Und nicht zuletzt muss die eurasische Großmacht Russland über ein Netz von politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen näher an das neue Europa herangeführt werden.

Nur zaghaft entwickelt die Europäische Union eine einheitliche Politik auch für außereuropäische Regionen wie etwa den Nahen Osten. Unterschiedliche Einschätzungen globaler Entwicklungen sind daher programmiert. Am Beispiel Asien wird dies besonders deutlich. Die Vereinigten Staaten sind sowohl atlantische als auch pazifische Macht. Für die USA ist China folglich zugleich Wirtschaftspartner und potenzieller militärischer Rivale. Für Europa hingegen, das

keine sicherheitspolitischen Interessen in Asien hat, ist China lediglich ein viel versprechender Markt. Kein Wunder also, dass amerikanische Warnungen vor chinesischem Großmachtstreben bei vielen Europäern auf Unverständnis stoßen. Mit der Einschätzung Nordkoreas verhält es sich ähnlich. Amerikanische Besorgnisse über die Nuklear- und Raketenprogramme des weitgehend isolierten Landes werden in Europa häufig als Alarmismus abgetan.

Auch beim Thema Raketenabwehr treten die unterschiedlichen strategischen Kulturen Amerikas und Europas deutlich hervor. Es wird nicht nur die asiatische Dimension dieser Entwicklungen in Europa praktisch nicht zur Kenntnis genommen. Für die meisten Europäer bleibt der amerikanische Wunsch nach einer Raketenabwehr schlichter Ausdruck einer fehlgeleiteten Technologiegläubigkeit. Das Vertrauen in Technologie ist in der Tat ein zentrales Wesensmerkmal der amerikanischen „strategischen Kultur“ – materieller Ausdruck des Fortschritts-glaubens der Kolonisten in einer Zeit, als technisches Geschick über Leben und Tod entschied. Doch auch wenn die Europäer die immer wieder aufs Neue geführte amerikanische Diskussion um die Verheißungen der „Revolution in Military Affairs“ belächeln, so kennen und bewundern sie doch zugleich das enorme technologische Potenzial, das Amerika zu mobilisieren im Stande ist. Amerika ist schließlich nicht zuletzt deshalb Weltmacht geworden, weil es sich die Ambivalenz gegenüber dem technischen Fortschritt, wie sie in Europa kultiviert wird, nie zu Eigen gemacht hat.

Multilateralismus als Fessel?

Amerikanische Politik ist bei weitem nicht so unilateralistisch, wie es die Karikatur gegenwärtig glauben machen will. Doch Amerika kann wählen, ob es seine Interessen im Alleingang oder gemein-

sam mit anderen verfolgen will. Europa hat diese Wahlmöglichkeit längst nicht mehr. Europäische Außenpolitik ist nahezu ausschließlich multinationale Politik. Fast alle außenpolitischen Entscheidungen der westeuropäischen Nationalstaaten fallen heute in einem multinationalen Rahmen. Doch der Unterschied im Stil amerikanischer und europäischer Außenpolitik ist nicht nur auf die Machtfülle der USA oder den Kompromisscharakter der europäischen Integration zurückzuführen. Er beruht auch auf unterschiedlichen historischen Wurzeln.

In Europa versucht man, die im inner-europäischen Kontext gemachten positiven Erfahrungen mit einer auf Ausgleich ziellenden Politik auch international anzuwenden. Einer als ungeduldig empfundenen amerikanischen Vorgehensweise setzt man eine Politik des langfristigen positiven Wandels entgegen. Daher hält man am „kritischen Dialog“ mit Problemstaaten fest, selbst wenn man sich dadurch gelegentlich den amerikanischen Vorwurf einhandelt, man betreibe *appeasement*. Und während man in den USA dazu neigt, den Hyper-Terrorismus eines Usama bin Laden als Ideologie zu interpretieren, die man – analog zum Ost-West-Konflikt – durch eigene Entschlossenheit besiegen und überwinden kann, sehen die Europäer die Wurzeln des Terrorismus weiterhin in erster Linie in sozialen und politischen Missständen.

Während die amerikanische Debatte das Selbstbewusstsein einer Weltmacht reflektiert, spiegelt die europäische Diskussion über eine stärkere außen- und sicherheitspolitische Rolle den Zwischenzustand wider, in dem sich die Europäische Union gegenwärtig befindet: bereits zu weit integriert, um bloß eine Ansammlung von Nationalstaaten zu sein, jedoch noch weit entfernt von dem Ziel eines einheitlichen weltpolitischen Akteurs. Statt einer nationalen Tradition und Identität wie in den USA verkörpert die Europä-

ische Union noch immer ein Konglomerat von fünfzehn unterschiedlichen nationalen Traditionen und Identitäten. Schon dieses Missverhältnis erklärt, weshalb die USA dem Multinationalismus nicht immer so umfassend huldigen, wie dies die Europäer einklagen. Denn Gulliver hegt den Verdacht, dass das Bekenntnis der Lilliputaner zum Multilateralismus letztlich nur seine Handlungsfreiheit einschränken soll. Das Gegenargument der Europäer – sie selbst würden sich ja den gleichen Regeln unterwerfen – überzeugt jedenfalls nicht jeden Amerikaner. Für den, der keine Alternativen hat, ist es stets einfacher, Kompromisse einzugehen. Die zentrale europäische Nachkriegserfahrung – Selbstbeschränkung als Grundbedingung für Fortschritt – ist von den USA jedenfalls nicht in einer vergleichbaren Weise gemacht worden.

Die Entdeckung der Langsamkeit

Die Unterschiede in den „strategischen Kulturen“ der USA und Europas offenbaren sich auch in der Art und Weise, wie über konkrete militärische Fragen nachgedacht wird. Amerika führt eine äußerst offene – und daher manchmal undiplomatisch anmutende – Diskussion über künftige Konfliktzonen und über die Frage, welche Streitkräfte zur Durchsetzung welcher nationalen Interessen gebraucht werden. Europa ist für eine solche Debatte noch nicht bereit. Man konzentriert sich stattdessen auf prozessuale Fragen des Aufbaus europäischer militärischer Fähigkeiten und entsprechender neuer politisch-militärischer Institutionen. Da sich diese Entwicklung nur langsam vollzieht, wirkt sie in amerikanischen Augen oft unglaublich. Doch diese Vorgehensweise hat Methode. Denn durch diesen vorsichtigen Ansatz lassen sich Fortschritte erzielen, ohne damit bereits heute die Antwort auf die endgültige Gestalt einer Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik geben zu

müssen. So vermeidet man den Ehrgeiz, an dem das Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954 gescheitert war, weil es einen Endzustand europäischer Integration vorwegnahm, für den die Völker Europas noch nicht bereit waren.

Dieser graduelle Ansatz ist umso zwingender, als sich die stete Forderung der Amerikaner nach deutlich höheren europäischen Verteidigungshaushalten wohl nicht erfüllen lässt. Denn anders als in den USA, wo ein kulturell tief verwurzeltes Misstrauen gegen die Obrigkeit die Zuständigkeit Washingtons im Wesentlichen auf Außen- und Verteidigungspolitik begrenzt, haben die Regierungen in den westeuropäischen Sozialstaaten einen umfassenden Steuerungs- und Leistungsauftrag über weite Bereiche des Lebens ihrer Bürger übernommen. Weitau stärker als in den USA konkurrieren in Europa daher die Verteidigungshaushalte mit den Sozialhaushalten. Ange- sichts der historischen Erfahrungen Europas mit den politischen Konsequenzen sozialer Unruhen werden die Europäer auch künftig argumentieren, ihre vergleichsweise hohen Sozialausgaben seien gleichsam Sicherheitspolitik nach innen.

Zwei strategische Kulturen, eine gemeinsame Agenda

Aus diesen Unterschieden wird deutlich, weshalb transatlantische Sicherheitspolitik auch künftig das Management von Asymmetrie sein wird. Die globale militärische Dominanz der USA ist nämlich keine kurzzeitige „Phase“, sondern eine Realität der kommenden Jahrzehnte. Auch eine Abschwächung der wirtschaftlichen Konjunktur dürfte daran nichts ändern. Die Bereitschaft zu hohen Verteidi- gungsausgaben, eine umfassende rüstungsindustrielle Konsolidierung und eine immer wieder aufs Neue geführte Diskussion über die *Revolution in Military Affairs* zeugen von einer einzigartigen

technologischen wie intellektuellen Dynamik, wie sie eben nur die Vereinigten Staaten hervorbringen können. Weder eine Europäische Union der fünfzehn noch eine künftige Union der dreißig wird eine solche strategische Kultur entwickeln können. Eine gleichberechtigte Partnerschaft zwischen den USA und Europa, wie sie sich im Bereich der Wirtschaftsbeziehungen abzeichnet, lässt sich daher im Bereich der Sicherheitspolitik auf absehbare Zeit nicht erreichen. Sicherheitspolitisch bleibt Europa Juniorpartner der USA.

Daraus jedoch den Schluss zu ziehen, Europa und die USA seien sicherheitspolitisch nicht mehr kompatibel, wäre gänzlich verfehlt. Gegen diese Annahme spricht nicht nur ein halbes Jahrhundert erfolgreicher sicherheitspolitischer Zusammenarbeit im Rahmen der NATO. Dagegen spricht auch die nach wie vor vorhandene Fähigkeit, Differenzen zwischen den Bündnispartnern von einer Frage der Substanz zu einer Frage des Prozesses zu machen und damit zu entschärfen. Die Beispiele Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Raketenabwehr zeigen dies deutlich. So haben die USA nach anfänglichem Zögern erkannt, dass eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht nur unvermeidlich geworden ist, sondern sogar im eigenen strategischen Interesse liegt und daher Unterstützung verdient. Umgekehrt wächst in Europa die Erkenntnis, dass man dem Bündnispartner USA letztlich keine Politik permanenter strategischer Verwundbarkeit aufoktroyieren kann und man sich mit undifferenzierter Kritik an den amerikanischen Raketenabwehrplänen lediglich ins politische Abseits manövriert.

Selbst der Zankapfel Irak wird Amerika und Europa letztlich nicht auseinander dividieren. Zwar erscheint die amerikanische Diskussion über einen gewaltsam herbeigeführten Regimewechsel vielen Europäern eher als Obsession denn als Ergebnis nüchterner Analyse. Doch vieles spricht dafür, dass die normative Kraft des Faktischen auch hier letztlich zu einem Schulterschluss Europas mit den USA führen wird. Der erfolgreiche Afghanistan-Einsatz, aber auch die zuvor umsichtig aufgebaute Anti-Terror-Koalition haben jedenfalls gezeigt, dass die Vereinigten Staaten politisch wie militärisch ungleich mehr bewegen können, als Europa ihnen gelegentlich zutraut.

Gegen eine transatlantische Scheidung spricht schließlich auch die konkrete Weichenstellung, die Europa und Amerika gegenwärtig vornehmen, um sich gemeinsam auf das 21. Jahrhundert vorzubereiten. Neue Initiativen zur Überwindung der transatlantischen Technologie-lücke in kritischen Bereichen, die Erarbeitung eines militärischen Konzeptes zur Terrorismusbekämpfung im Rahmen der NATO, eine intensivierte Zusammenarbeit bei der Antwort auf die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, ein neues Verhältnis zu Russland und nicht zuletzt der Aufbau von Beziehungen zwischen der NATO und der Europäischen Union zeigen, dass man auf beiden Seiten des Atlantiks entschlossen ist, auch weiterhin eine gemeinsame sicherheitspolitische Agenda zu verfolgen. Gemeinsames Handeln bleibt die bevorzugte Option – auch wenn man wohl weiterhin aneinander vorbeireden wird.

Der Verfasser gibt ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.